

B90/GRÜNE Lüdinghausen · Mühlenstr. 24 · 59348 Lüdinghausen

Ausschuss für Soziales und Ordnungswesen
Frau Vorsitzende Johanna Holtrup
Borg 2
59348 Lüdinghausen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Rat der Stadt
Lüdinghausen

Geschäftsstelle
Mühlenstr. 24
59348 Lüdinghausen
fraktion@gruene-lh.de

Lüdinghausen, den 22.01.2026

Erhöhung der Verkehrssicherheit mittels Anschaffung einer mobilen Verkehrsüberwachungsanlage

Sehr geehrte Frau Holtrup,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, das im Titel genannte Thema auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 10.02.2026 zu setzen.

Antrag:

Der Ausschuss empfiehlt dem HFA in seiner für den 19.02.2026 vorgesehenen Sitzung zu beschließen, eine mobile Verkehrsüberwachungsanlage anzuschaffen. Die im Teilergebnisplan 020100 „Gefahrenabwehr/ Ordnungsmaßnahmen“ (S. 184 der vorläufigen Haushaltssatzung) in Zeile 16 vorgesehenen „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ werden um **150.000 €** auf **170.500 €** erhöht.

Begründung:

Die Landesregierung von NRW wird in diesem Jahr das Ordnungsbehördengesetz dahingehend reformieren, dass auch Kommunen unterhalb von 60.000 Einwohnern selbst für mehr Verkehrsüberwachung sorgen können. Bisher müssen kleine Kommunen als Bittsteller beim übergeordneten Kreis auftreten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht das als entscheidenden Schritt für mehr Sicherheit auf den Straßen.

Auch der Städte- und Gemeindebund NRW befürwortet das Vorhaben: „Es geht uns nicht um die Einnahmen, sondern darum, die Zahl der Verkehrsunfälle zu senken und die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen. Der Vorwurf der Abzocke ist eine unberechtigte Unterstellung und verkennt die Wirklichkeit in den Städten und Gemeinden: Es gibt Gefahrenstellen, etwa


bei Kindergärten, Schulen oder Seniorenheimen, wo die Kreise oftmals notwendige Kontrollen trotz der Hinweise der Städte und Gemeinden nicht durchführen. Nicht selten halten die Kreise keine ausreichenden Kapazitäten vor. Insofern ist der Ansatz nur folgerichtig, den Städten und Gemeinden zur Sicherheit ihrer Bürger endlich die Möglichkeit einzuräumen, die Verkehrsüberwachung selbst zu übernehmen“, stellt der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW in einem Interview fest.

Die Grüne Fraktion beantragt daher, Kosten von ca. 150.000 € für die Anschaffung einer mobilen Verkehrskontrolle in den Haushalt einzustellen, um nach Inkrafttreten des Gesetzes die Möglichkeiten für die Verbesserung der Verkehrssicherheit in Lüdinghausen zu nutzen. Solange die Gesetzesänderung nicht in Kraft getreten ist, wird dieser Posten mit einem Sperrvermerk versehen.

Die vergleichsweise hohen Anschaffungskosten und die nachgelagerte Bearbeitung werden nach den Erfahrungen anderer Kommunen durch die anfallenden Einnahmen immer vollständig kompensiert, so dass sich sowohl die Investition wie auch die Bearbeitung von Verstößen selbst tragen wird.

Somit ist die Anschaffung einer mobilen Verkehrsüberwachungsanlage eine Win-Win-Situation für die Verkehrssicherheit in unserer Stadt, die die Stadt Lüdinghausen auf mittlere Sicht nichts kostet.

Mit freundlichen Grüßen



Eckart Grundmann

– Fraktionssprecher –



Christoph Lützenkirchen

– Stadtverordneter –